

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Vorwort</i>	V
<i>Literaturverzeichnis</i>	XV
<i>Rechtsprechungsverzeichnis</i>	XIX
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XXV
1. Teil Einführung: Der Artenschutz und seine Bedeutung in der Bebauungsplanung	1
1. Kapitel Die wachsende Bedeutung des Artenschutzes in der Bebauungsplanung	1
I. Die Anfänge des Artenschutzrechts in der Planung	1
II. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 10.1.2006	2
III. Neuregelung des Artenschutzrechts im Bundesnaturschutzgesetz	3
IV. Gegenwärtig: Schwierige Verzahnung von Artenschutz- und Bauplanungsrecht	4
2. Kapitel Die Gegenstände des Artenschutzrechts in der Bebauungsplanung	6
I. Der Artenschutz als einfacher Umweltbelang	6
II. Der Gebietsschutz	7
III. Die artenschutzrechtlichen Verbote	9
1. Rechtsgrundlagen der artenschutzrechtlichen Verbote	9
2. Prüfungsprogramm für artenschutzrechtliche Verbotswirkungen im Bundesnaturschutzgesetz	10
3. Erforderliche Beachtung artenschutzrechtlicher Verbote im Bebauungsplanverfahren	12
4. Artenschutzrechtliche Verbote bei Satzungen gemäß § 34 Abs. 4 BauGB und in der Flächennutzungsplanung ..	14
IV. Zusammenfassung	15

VII

Inhaltsverzeichnis

2. Teil Artenschutzrechtliche Verbote	19
1. Kapitel Systematik der geschützten Arten	19
I. Besonders geschützte Arten	19
II. Streng geschützte Arten	22
2. Kapitel Artenschutzrechtliche Verbote	24
I. Verbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot)	24
1. Rechtsgrundlagen	24
2. Schutzgut	25
3. Verbotene Handlungen	26
4. Relevanz für die Bebauungsplanung	28
II. Verbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG (Störungsverbot während bestimmter Zeiten)	29
1. Rechtsgrundlagen	29
2. Schutzgut	30
3. Verbotene Handlungen	30
4. Schutzzeiten	31
5. Erheblichkeit	32
6. Gemeinschaftsrechtliche Konformität des Störungsverbots? .	33
7. Freistellung	35
III. Verbot gemäß § 33 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (Beschädigungsverbot geschützter Lebensstätten)	36
1. Rechtsgrundlagen	36
2. Lebensraum, Habitat und Lebensstätte	37
3. Allgemeine Voraussetzungen für Lebensstätten	38
4. Fortpflanzungsstätten	39
5. Ruhesäten	40
6. Zeitliche Grenzen des Lebensstättenschutzes	41
7. Verbotene Handlungen	42
8. Bedeutung für die Bebauungsplanung und Freistellung vom Verbot	44
IV. Verbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG (Beschädigungsverbot von Pflanzen und ihren Standorten) . .	45
V. Verbote des allgemeinen Artenschutzes	46
VI. Zusammenfassung	47

3. Teil Behandlung artenschutzrechtlicher Konflikte im Bebauungsplanverfahren: Freistellung, Ausnahme und Befreiung	51
1. Kapitel Struktur der Prüfung bei der Behandlung artenschutzrechtlicher Konfliktlagen	51
I. Zweite Prüfungsstufe: Freistellung nach § 44 Abs. 5 BNatSchG	52
II. Dritte Prüfungsstufe: Ausnahme nach § 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 5 und 2 BNatSchG . .	53
III. Vierte Prüfungsstufe: Befreiung nach § 67 Abs. 2 BNatSchG	53
2. Kapitel Freistellung gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG bei europäisch und nach besonderer Rechtsverordnung geschützten Arten	54
I. Rechtsgrundlage und Übersicht.	54
II. Zulässigkeit der Verbotshandlung als Eingriff	55
III. Anwendungsbereich hinsichtlich der geschützten Arten	56
IV. Anwendungsbereich hinsichtlich der Verbotsvorschriften . . .	57
1. Beschädigungsverbot im Sinne von § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG.	57
2. Tötungsverbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG	58
3. Beschädigungsverbot geschützter Pflanzen gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG.	59
V. Wahrung der ökologischen Funktion einer geschützten Lebensstätte im räumlichen Zusammenhang.	61
1. Hinweise in der Gesetzesbegründung	62
2. Die Lebensstätten-Begriffe nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts	63
a) Unterscheidung zwischen den Lebensstätten-Begriffen im nationalen Recht	63
b) Lebensstätten-Begriff in Art. 12 Abs. 1 Buchstabe d FFH-RL.	64
c) Richtlinienkonforme Umsetzung des Lebensstätten-Begriffs der FFH-Richtlinie	65

Inhaltsverzeichnis

d) Richtlinienkonforme Umsetzung des Lebensstätten-Begriffs der Vogelschutz-Richtlinie	66
e) Handhabung in der Praxis	67
3. Bedenken gegen die Richtlinienkonformität des § 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG	69
VI. Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen	70
1. Anforderungen an vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen nach der Gesetzesbegründung	71
2. Anforderungen nach dem Leitfaden der EU-Kommission	72
3. Kapitel Freistellung nach § 44 Abs. 5 BNatSchG bei anderen besonders geschützten Arten	76
4. Kapitel Ausnahme gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG	78
I. Rechtsgrundlagen	78
II. Tatbestandliche Voraussetzungen	80
1. Zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses	80
a) Anforderungen	80
b) Anwendbarkeit des Ausnahmegrundes gemäß § 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 5 BNatSchG auch auf Verbote der Vogelschutz-Richtlinie	85
2. Keine zumutbaren Alternativen	88
3. Keine Verschlechterung des Erhaltungszustands bzw. Verweilen in einem günstigen Erhaltungszustand	90
a) Arten gemäß FFH-Richtlinie	90
b) Europäische Vogelarten gemäß Vogelschutz-Richtlinie	93
c) Zu bewertende Populationen der vom Eingriff betroffenen Art	94
III. Anforderungen an Ausgleichsmaßnahmen	95
1. Rechtsgrundlage	96
2. Abgrenzung zu vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen	96
3. Erforderlichkeit von Ausgleichsmaßnahmen	97
4. Anforderungen an Ausgleichsmaßnahmen	97

5. Verbindung mit Maßnahmen zum Ausgleich von Beeinträchtigungen des Naturhaushalts gemäß § 1a Abs. 3 BauGB.....	98
5. Kapitel Befreiung gemäß § 67 Abs. 2 BNatSchG.....	100
I. Rechtsgrundlage	100
II. Europarechtliche Konformität der Befreiung.....	100
III. Voraussetzungen	101
IV. Ersatzmaßnahmen.....	102
V. Zusammenfassung.....	103
 4. Teil Umsetzung artenschutzrechtlicher Maßnahmen im Bebauungsplan	107
1. Kapitel Umsetzung durch Festsetzungen im Bebauungsplan.....	109
I. Rechtsgrundlagen	109
II. Festsetzung von Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB	111
1. Anforderungen an die Festsetzungen	111
2. Ort der Maßnahme.....	115
3. Pflichten- und Kostentragung von Maßnahmen	116
III. Festsetzung zu Anpflanzungen, Erhaltung von Bepflanzungen, Bindungen für Bepflanzungen und von Gewässern gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB	117
2. Kapitel Umsetzung durch Übernahme artenschutzrechtlicher Maßnahmen in den Bebauungsplan nach § 11 Abs. 3 BNatSchG oder § 9 Abs. 4 BauGB	118
3. Kapitel Umsetzung durch vertragliche Regelungen	119
4. Kapitel Möglichkeit der Verlagerung von Maßnahmen auf die Ebene der Vorhabenzulassung	121
Zusammenfassung	122

Inhaltsverzeichnis

5. Teil Die Berücksichtigung des Artenschutzes im Bebauungsplanverfahren	123
1. Kapitel Beteiligung der zuständigen Naturschutzbehörde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung (Scoping)	126
I. Bestimmung der zuständigen Naturschutzbehörde	126
II. Beteiligung der zuständigen Naturschutzbehörde im Rahmen der frühzeitigen Behördeneinschaltung	127
2. Kapitel Umweltprüfung, Umweltbericht und Umfang artenschutzrechtlicher Ermittlungen.....	129
I. Umweltprüfung und artenschutzrechtliche Ermittlungen.....	129
1. Anforderungen an die artenschutzrechtliche Prüfung	131
a) Rechtliche Vorgaben für die Prüfung im Planfeststellungsrecht.....	131
b) Erkenntnisquellen für die artenschutzrechtliche Prüfung	132
c) Sonstige zulässige Methoden zur Bewertung artenschutzrechtlicher Betroffenheiten.....	135
2. Gerichtliche Kontrolle artenschutzrechtlicher Prüfungen.....	136
3. Übertragung der Maßstäbe auf die Bebauungsplanung.....	138
II. Aufnahme artenschutzrechtlicher Aussagen in den Umweltbericht	139
3. Kapitel Beteiligung der zuständigen Naturschutzbehörde im Rahmen der förmlichen Behördeneinschaltung.....	141
I. Stellungnahme der Naturschutzbehörde in der Behördeneinschaltung.....	141
II. Meinungsverschiedenheiten zwischen Gemeinde und Naturschutzbehörde	142
4. Kapitel Sonderfall des Bebauungsplans der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB	144
I. Bebauungspläne ab 20.000 Quadratmeter Grundfläche	144
II. Bebauungspläne mit weniger als 20.000 Quadratmetern Grundfläche	145

Inhaltsverzeichnis

5. Kapitel Auftreten artenschutzrechtlicher Konflikte nach In-Kraft-Treten eines Bebauungsplans	147
6. Kapitel Beteiligung der Naturschutzverbände im Bebauungsplanverfahren	149
I. Rechtsbehelfe gegen Bebauungspläne	149
II. Rechtsbehelfe im Vorhabenzulassungsverfahren und Bedeutung für das Bebauungsplanverfahren	151
7. Kapitel Bebauungsplanung und Haftung nach dem Umweltschadensgesetz.	152
Zusammenfassung	154
<i>Stichwortverzeichnis</i>	157